

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 9

Rubrik: Neue Wege vor 75 Jahren

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



VOR 75 JAHREN

Die älteren Jahrgänge der Neuen Wege sind immer wieder für Überraschungen gut. Unsere Rubrik «Vor 50 Jahren» enthält «gefährliche Erinnerungen» aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Es lohnt sich nicht weniger, auch eine Rubrik «Vor 75 Jahren» zu eröffnen und die damaligen, nur äusserlich vergilbten Hefte über die bewegte Zeit des Ersten Weltkriegs berichten zu lassen. Von Juli bis Oktober 1915 stossen wir auf Beiträge, die vieles von der gegenwärtigen Diskussion um einen «Verweigerungsaufruf» innerhalb der Gruppe Schweiz ohne Armee vorwegnehmen. Leonhard Ragaz wollte zwar selbst «noch» nicht so weit gehen, zur Militärverweigerung aufzufordern. Er liess jedoch den Holländer Lod. van Mierop zu Worte kommen, der diese Forderung begründete. Keinen eigentlichen Verweigerungsaufruf, aber eine Solidaritätserklärung mit allen Militärverweigerern dokumentierte das Oktoberheft aus Holland. – Nicht weniger radikal war ein Thesenpapier für die «bedingungslose Abrüstung», das die reformierte Kirchenpflege Zürich-Wipkingen sämtlichen Kirchenpflegen des Kantons Zürich «ins Gewissen schieben» wollte. Ragaz nannte es «ein Dokument christlichen Erwachens». Red.

Leonhard Ragaz: Menschen (noch) nicht aufmuntern, den Waffendienst zu verweigern

So wie ich geführt worden bin und innerlich stehe, wäre es für mich geistiger Selbstmord, wenn ich das Gewehr nähme. Ich verleugnete in diesem Augenblick alles, was mein Leben ist. Damit verurteile ich aber Keinen, der anders fühlt und handelt. Auch würde es mir nie einfallen, so wie heute noch die Dinge liegen – später könnte es einmal anders werden –, einen Menschen aufzumuntern, den Waffendienst zu verweigern, wohl aber habe ich mehrfach Gelegenheit gehabt, Menschen, die diesen Schritt tun wollten, dringend zu ermahnen, ihn nur zu tun, wenn sie nicht anders *könnten*, sich seine Tragweite wohl zu überlegen und sich auf die Reinheit und Reife der Beweggründe aufs Ernsteste zu prüfen. Aber gerade darum, weil diese Sache so ernst und heilig ist, glaube ich, dass sie eines Tages noch im Kampfe gegen den Krieg eine entscheidende Rolle spielen wird. Dieser wird erst aufhören, wenn Menschen in grosser Zahl einfach nicht mehr Krieg führen *können*...

Wir wollen keinen Kultus des Martyriums einführen, aber wir wollen einer weltseelig und leidensscheu gewordenen Christenheit sagen, dass es nicht von selbst weiter geht, dass, wenn an bestimmten Punkten ihres Weges ein «Unmöglich» geschrieben steht, es ein Mittel gibt, es in ein «Möglich» zu verwandeln: das Opfer... Solches Martyrium nun mag sich heute, soweit der Krieg in Frage kommt, vorwiegend in *duldender* Form, ich meine: im leidenden Mitmachen, äussern, aber es kann ein Tag kommen, wo die Dinge weiter gediehen sind und es vorwiegend die andere, *angreifende* Form annehmen wird. Der heutige Krieg bringt uns diesen Tag rascher nahe, als sonst lange Entwicklungen getan hätten. Ob aber so oder so, wir werden jedenfalls nicht durch Kongresse und Weltbünde, nicht durch Schiedsgerichtsverträge und Zollunionen diesen furchtbaren Feind besiegen, sondern durch ganz persönliche Taten und Opfer.

(Juliheft 1915, S. 277-279)

Lod. van Mierop: Wir müssen ihnen diese Forderung vorhalten

Unsere innere Überzeugung und Erkenntnis werden wir offen erklären. Die Abkehr unseres Herzens und die Verurteilung unseres Gewissens werden wir von nun an unumwunden aussprechen. Wir werden davon Zeugnis ablegen, was wir als unumstößliche Wahrheit erkannt haben, *dass Mittun am Militarismus Sünde und Dienstverweigerung einfache Menschenpflicht ist*. Dies Bekenntnis wird stets den Grundton bilden; nicht kräftig genug und nicht oft genug können wir es verkündigen. Diese Überzeugung kann nie fest genug in uns hineinwachsen...

Mancher wird mir entgegenhalten: «Müssen wir denn unsern Söhnen, die als Soldaten aufgerufen werden, die Forderung der Dienstverweigerung vorhalten, während wir sehr gut wissen, welches Los sie zu erwarten haben, wenn sie unserm Rate folgen? Wir haben ja gut reden, weil fast keiner von uns selber mehr in den Fall kommt, ein derartiges Opfer zu bringen. Wenn wir selbst aber die dafür in Betracht kommenden Jahre hinter uns haben, dürfen wir dann die Verantwortlichkeit auf uns nehmen, ihnen eine so schwere Forderung vorzuhalten?» Meiner Ansicht nach haben wir keine Wahl. Es bleibt nur eins zu tun, solange wir von der Wahrheit dieses antimilitaristischen Bekenntnisses überzeugt bleiben... Wir müssen ihnen diese Forderung vorhalten, ebenso selbstverständlich als wir ihnen die Forderung stellen, sich niemals mit der Prostitution einzulassen. Einfach weil wir alles, was nicht mit dieser Forderung übereinstimmt, für Sünde halten. Und etwas so Sündhaftes ihnen anzuraten, dies wird wohl niemand von uns erwarten. Deshalb können wir von unserem Standpunkt aus nicht anders als jedem, also auch unseren Söhnen, die Forderung der militärischen Dienstverweigerung stellen.

(Septemberheft 1915, S. 412-414)

Eine Solidaritätserklärung in Holland

In Holland haben 529 Männer und Frauen folgende Erklärung erlassen:

«Werte Mitbürger! Wir alle, deren Namen sie unter dieser Erklärung finden, wenden uns an das Niederländische Volk, um wider den Geist des Krieges und des Militarismus, der auch über uns mehr und mehr zur Herrschaft gelangt, zu zeugen.

Wir erklären hiemit offen, dass wir uns mit ganzer Seele gegen alles kehren, was zum Militarismus gehört, auch gegen ein sogenanntes Volksheer. Diejenigen unter uns, welche jemals unter die Verpflichtung fallen könnten, zur bewaffneten Landesverteidigung gerufen zu werden, hoffen die Kraft zu besitzen, in diesem Falle jede persönliche direkte Teilnahme daran zu verweigern, die Kraft, lieber Gefängnisstrafe, ja selbst den Tod durch Erschiessen zu erdulden, als unserm Gewissen, unserer Überzeugung oder dem, was wir als höchste Gesetze allgemeiner Menschlichkeit verehren, untreu zu werden. Diejenigen unter uns – Männer und Frauen –, welche um verschiedener Gründe willen nie in den Fall kommen könnten, der Wehrpflicht unterworfen zu sein, wünschen durch unsere Unterschrift unsere moralische Unterstützung allen denen anzubieten, die aus dem oben genannten Grunde (der intensiven innerlichen Abkehr) die Ausführung jeder persönlichen Gewalttat im Dienste des Militarismus verweigern. Wir wünschen aufrichtig, die volle Verantwortlichkeit für diese Tat mit zu tragen. Die militärische Dienstverweigerung erkennen wir als eines der Mittel, durch deren Zusammenwirken der Militarismus vernichtet werden wird; der individuellen Dienstverweigerung kommt hierfür ein hoher sittlicher Wert zu, weil sie den Weg zur Dienstverweigerung in Masse bereitet.»

(Oktoberheft 1915, S. 500f.)

Kirchenpflege Zürich-Wipkingen für eine Schweiz ohne Armee (Schlussabschnitt aus einem Thesenpapier)

Die *besondere Aufgabe, die der Schweiz aus dem gegenwärtigen europäischen Konflikt erwächst*, kann nur die aus dem Geiste des Christentums herauswachsende bedingungslose

Abrüstung sein. Sie ist berufen und damit verpflichtet, in dieser Richtung bahnbrechend vorzugehen, erstens durch die im europäischen Völkerleben ihr eingeräumte Ausnahmestellung, zweitens durch das mit der freien Gesetzgebung dem Volke gewährte Selbstbestimmungsrecht. Eine im vollen Bewusstsein ihrer moralischen Tragweite vollzogene Abrüstung würde zweifellos auch anderswo ihre Würdigung finden und den besten Schutz gewähren, der unserem Volke je geboten werden kann.

Sollten unserem Lande kriegerische Übergriffe trotzdem nicht erspart bleiben, so wäre zu bedenken, dass zu allen Zeiten durch mannhaftes Einstehen für die Überzeugung bis zur Selbstaufopferung die stärksten Kräfte für den geistigen Fortschritt ausgelöst worden sind. Es ist gewiss, dass keine Arbeit und keine Opfer umsonst sein können, die uneigennützig im Dienste der Allgemeinheit geleistet werden. Sie allein geben dem Menschen das Bewusstsein, dass er nicht geistlos lebt und nutzlos stirbt, sondern dass er noch im Tode im Geiste weiterlebt...

Wie weit unser Volk für die ihm hier zugemutete Aufgabe reif sei, hängt davon ab, wie weit die christlichen Grundsätze in ihm lebendig seien. Jedenfalls aber wird eine Kirche, die sich ihr Lebensrecht nicht selbst absprechen will, mit aller Kraft für die Möglichkeit und Dringlichkeit einer christlichen Lebensgestaltung eintreten müssen.

(Juliheft 1915, S. 318)

DISKUSSION

Vom schwierigen Kompromiss in der schweizerischen Demokratie

Um nicht mehr, aber auch um nicht weniger als um einen Kompromiss geht es beim Aktionsvorschlag Aufruf zur «Massenverweigerung» der GSoA.

Demokratie ist mehr als Diktatur der Mehrheit

Der *Kompromiss* gehört zu den Säulenheiligen der schweizerischen politischen Kultur. Immer wieder wird auf ihn und seine Tugendhaftigkeit verwiesen. Doch wie es so ist bei vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, die oft beschwört werden: Es ist einfacher, immer wieder von ihnen zu sprechen, als sie im Konfliktfall tatsächlich zu praktizieren.

Das zeigt sich einmal mehr in den Debatten um die Aktionsidee der GSoA, einen Aufruf zur Verweigerung aller mit der hiesigen militärischen Gesamtverteidigung verbundenen Pflichten zu starten. Ausgangspunkt dieser Idee war die *Erfahrung der GSoA*, wie die offizielle Schweiz glaubte, mit dem 35,6-Prozent-Ergebnis der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»

umgehen, ja es mehr oder weniger negieren zu können. 1 Million und 52 218 Stimmen sind zu viele, um einfach überhört zu werden. Denn die Demokratie ist mehr als die Diktatur der Mehrheit. Gerade die schweizerische Demokratie beansprucht für sich, mit Minderheiten sorgsam umzugehen, immer wieder den Ausgleich mit Minderheiten zu suchen, ihnen entgegenzukommen. Weshalb soll dies nun für die starke Minderheit vom 26. November 1989 plötzlich nicht mehr gelten?

Gewiss ist es für die Funktionäre der offiziellen Schweiz, die sich eher den Kasernenton oder die pekuniäre Einvernehmlichkeit einer Verwaltungsratssitzung gewohnt sind, nicht immer leicht, die Äusserungen und Aktivitäten einer so heterogenen Oppositionsbewegung, wie sie die GSoA darstellt, richtig zu lesen und zu verstehen. Schliesslich bemüht sich gerade mit Bezug auf die GSoA-Bewegung seit Jahren in der Schweiz niemand um eine entsprechende *Übersetzungsleistung*. All jene Instanzen, die in den feierlichen Momenten ihrer Selbstdarstellung ihre Vermittlungsleistungen und -ansprüche immer wieder betonen, haben gerade gegenüber der GSoA, und zwar vor und nach der Abstimmung, versagt: Ich denke da an die Kirchen, an die Sozialdemokratie oder an die liberale Presse. Entweder schwiegen sie oder hauten schon früh,